

Forschungsgruppe Europäische Integration, Philipps-Universität Marburg (Hrsg.). *Rechtspopulismus in der Europäischen Union*. Hamburg. VSA Verlag 2012. 167 Seiten. 16,80 €.

Die Forschungsgruppe Europäische Integration der Philipps Universität Marburg hat einen Band herausgegeben, der es sich zur Aufgabe macht, das Erstarken rechtspopulistischer Bewegungen aus einer „kritischen Perspektive“ des „Marburger Ansatzes“ zu betrachten. Dies resultiert in zwei Prämissen: Zum einen werden deren Erfolge als Ausdruck des Unmuts gegenüber der „Ausrichtung des zeitgenössischen europäischen Integrationsprozesses“, und zum zweiten als Reaktion auf „neoliberale Umstrukturierungen der Gesellschaft, Krisen von Geschlechterverhältnissen und Transformationen von Staatlichkeit“ angesehen (9).

Dieser Ansatz ist hochinteressant, bricht er doch radikal mit zwei dominierenden Thesen der vergleichenden Rechtspopulismusforschung (siehe zum Beispiel die Arbeiten von Cas Mudde): zum einen mit der Annahme einer stabilen Nachfrage nach rechtspopulistischen „Argumenten“ innerhalb der europäischen Wählerschaften. Diese scheint stabil und unabhängig von Zeitpunkt und Land. Der Band stellt hingegen die These in den Raum, dass temporäre Krisen, beziehungsweise die Ausprägung dieser, durchaus bedeutende Faktoren seien. Zum zweiten bricht er mit der Annahme, dass rechtspopulistische Parteien sich vor allem über ein sehr konservatives Profil in kulturellen Fragen profilieren. Im Gegensatz hierzu betont der Band die Zentralität sozio-ökonomischer Thematiken.

Die herausragende Bedeutung der zeitgenössischen Krisen wird durch die

Darstellung rechtspopulistischer Akteure als Profiteuren von „Krisen demokratischer Repräsentation“ (15-22) veranschaulicht. Die aktuellen Debatten um die europäische Währungsunion und die zeitgleichen deutlichen Stimmenzuwächse der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) sowie der Einzug der „Wahren Finnen“ in das finnische Parlament 2011 werden als Beispiele angeführt (23). Das zweite zentrale Argument des Bandes, nämlich rechtspopulistische Bewegungen als Reaktion auf „neoliberale Umstrukturierungen“ (9) zu betrachten, wird vor allem am ungarischen Beispiel verdeutlicht: Kürzungen von Sozialleistungen, gebrochene Wahlversprechen und steigende Staatsverschuldung werden als Ursache des Aufstiegs des „völkisch-nationalen Blocks“ um die Parteien Fidesz und Jobbik erkannt (50-53). Da der Band nicht nur beschreiben, sondern auch Handlungsalternativen anbieten will (7-11), betont der Schlusssatz des letzten Kapitels das massive Eintreten für linksliberale Politiken in ökonomischen und kulturellen Fragen in Konfrontation mit rechtspopulistischen Akteuren als die beste Möglichkeit, um ihnen wirkmächtig entgegenzutreten (166).

Die Stärke des Bandes liegt in den verschiedenen Facetten, in denen rechtspopulistische Rhetorik beziehungsweise die Genese rechtspopulistischer Bewegungen dargestellt werden. Die Kapitel streuen thematisch weit und bieten damit einen breiten Einblick in die Rechtspopulismusforschung an: Die acht Beiträge beschäftigen sich mit Teilaspekten rechtspopulistischer Bewegungen (zum Beispiel das Verhältnis rechtspopulistischer Rhetorik zu Fragen geschlechtlicher Gleichstellung in Italien oder Österreich), mit Fallstudien über rechtspopulistische Aufstiege (Öster-

reich, Spanien und Ungarn), und mit vergleichenden, möglicher Weise generalisierbaren Aspekten (die zeitgenössischen Krisen als Ursache für rechtspopulistische Wahlerfolge beziehungsweise Möglichkeiten, rechtspopulistischen Bewegungen entgegen zu treten).

Die Leserschaft könnte sich allerdings von diesem Analysepluralismus etwas überfordert fühlen, da der Band – im Gegensatz zu komparativen Studien über rechtspopulistische Bewegungen, die sich an generalisierbaren Aussagen versuchen – nicht mit quantitativ auswertbaren Datensätzen oder mit dezidiert begründeten Fallstudien arbeitet. Stattdessen werden verschiedene Phänomene aus unterschiedlichen Ländern aus „kritischer Perspektive“ beschrieben. Dies wirft auch die Frage auf, ob eine genauere Definition des Forschungsfeldes hilfreich sein könnte: Stellt Rechtspopulismus – wie in der Einleitung und dem ersten Kapitel dargelegt – eine politische Kommunikationsform dar, derer sich auch etablierte Parteien zuweilen bedienen? Oder werden – wie im Laufe des Buches ausgeführt – Parteien rechts der etablierten konservativen Parteien (zum Beispiel CDU/CSU) als primärer Untersuchungsgegenstand angesehen?

Die beiden Hauptargumente und der Aufruf, rechtspopulistischen Bewegungen durch das ostentative Eintreten für linksliberale Politiken entgegen zu treten, regen zum Hinterfragen an: Wieso führen die europaweiten Krisen zu Stimmenzuwächsen rechtspopulistischer Parteien in Österreich, während Geert Wilders „Partij voor de Vrijheid“ (PVV) in der niederländischen Parlamentswahl 2012 ein Drittel ihrer vormaligen Wahlstimmen verlor? Unter welchen Umständen führen Krisenszenarios dazu, dass neue rechtspopulisti-

sche Parteien in Finnland auf die politische Bühne treten, während dies weder in Deutschland, England, Irland, Portugal, noch Spanien der Fall ist?

Wenn sozio-ökonomische Reformen die Triebfeder rechtspopulistischer Bewegungen sind, wieso führten sie nicht zu deren Reüssieren, als zum Beispiel der deutsche Wohlfahrtsstaat in den 2000er Jahren und der schwedische in den 1990er Jahren radikal zurückgefahren wurden? Die ersten Wahlerfolge der rechtspopulistischen deutschen Republikaner Ende der 1980er und der Schwedendemokraten während der 2000er Jahre fanden gar in prosperierenden Volkswirtschaften mit stark ausgebauten Wohlfahrtsstaaten statt (ähnlich dem Durchbruch der französischen Front National in den 1980ern und des niederländischen Rechtspopulisten Pim Fortuyn 2002). Begünstigen „neoliberale Umstrukturierungen“ rechtspopulistische Bewegungen daher wirklich?

Der Schlusssatz des Bandes ruft dazu auf, rechtspopulistischen Bewegungen durch eine linksliberale politische Agenda leidenschaftlich entgegen zu treten. Wie ist das aber mit Ergebnissen vergleichender Studien in Einklang zu bringen, die gerade diese linksliberale Rhetorik als Ursache des Aufstiegs rechtspopulistischer Parteien ausmachen (Simon Borschier, Bonnie Meguid), beziehungsweise gerade den Entzug von medialer Aufmerksamkeit (Antonis Ellinas, Jasper Muis) und den Verzicht auf politische Konfrontation in kulturellen Fragen und stattdessen eine Fokussierung auf ökonomische Streitfragen (Elisabeth Ivarsflaten, Jens Rydgren) als vielversprechendste Gegenstrategien zum Aufstieg rechtspopulistischer Bewegungen bezeichnen? Ist die öffentlichkeitswirksame Konfrontation mit Rechtspopulisten wirklich die

beste Strategie, ihnen Wahlerfolge zu verwehren?

„Rechtspopulismus in der Europäischen Union“ ist eine „kritische“ Einführung in ein Forschungsfeld, das sonst eher empiriegeleitet arbeitet. Die sehr interessanten Thesen, die vermeintliche Kausalketten herausfordern, können allerdings nur für bestimmte Untersuchungsfälle gelten. Ob sie Grundlage einer belastbareren und somit generalisierbaren Theoriebildung sein könnten, wäre mit Hilfe empirischer Vergleichsstudien zu prüfen.

Timo Lochocki

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

Burchardt, Hans-Jürgen, Anne Tittor, und Nico Weinmann (Hrsg.): *Sozialpolitik in globaler Perspektive. Asien, Afrika und Lateinamerika*. Frankfurt, New York. Campus Verlag 2012. 288 Seiten. 24,90 €.

Der Sammelband geht aus einer Vortragsreihe im Rahmen des Promotionskollegs „Global Social Policies and Governance“ an der Universität Kassel hervor. Er verfolgt einen doppelten Zweck: Mit Blick auf den heute beinahe allgegenwärtigen Eurozentrismusvorwurf soll ausgelotet werden, inwieweit die an den westlichen Sozialsystemen entwickelten Kategorien auch dazu taugen, Sozialpolitik im globalen Süden zu analysieren, beziehungsweise ob diese ergänzt oder durch andere Ansätze ersetzt werden müssen. Neben der Einleitung der Herausgeber „Sozialpolitik in globaler Perspektive: Zu den Herausforderungen eines Forschungsfeldes“ befassen sich vor allem die Beiträge von *Friedbert W. Rüb* „Sozialpolitik in einer globalisierten

Welt: Akteure, Aufgaben und Aussichten“, *Hans-Jürgen Burchardt* „Von der vernünftigen Suche nach Leidenschaft: Ein Vorschlag, Gesellschaftsanalyse und Sozialpolitikforschung zu dezentrieren“ und von *Boike Rehbein* „Globale Politik aus der Perspektive einer kaleidoskopischen Dialektik“ mit theoretischen und konzeptionellen Fragen. Der abschließende Beitrag von *Jan Nederveen Pieterse* „Growth and Social Policies, toward inclusive development: A global panorama“ lässt die methodischen Bemühungen um eine dem „globalen Süden“ angemessene Begrifflichkeit beiseite und demonstriert mit dem Instrumentarium der politischen Ökonomie, warum und wie in allen Weltregionen nicht nur wirtschaftliche und soziale Entwicklung zusammen zu denken sind, sondern auch Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Den zweiten Schwerpunkt des Bandes stellen sechs Fallstudien zu „Sozialpolitiken jenseits der OECD“ dar. Die Beiträge folgen keinem vorgegebenen Analyseraster und befassen sich mit zum Teil unterschiedlichen Gegenständen: Der Beitrag von *Armando Barrientos* „Accounting for change in Latin America’s welfare regime“ arbeitet den erstaunlichen Wandel der Sozialpolitik seit der Jahrtausendwende heraus, der zeigt, dass in Lateinamerika im Bereich der Sozialpolitik die Pfadabhängigkeit gering ist. Er bringt diesen Paradigmenwechsel mit dem Kollaps der alten Entwicklungscoalition aus der Zeit der importsubstituierenden Entwicklung in Verbindung und mit dem neoliberalen Wandel, der mehr als früher eine Einbeziehung der Bevölkerung im informellen Sektor erforderlich macht. Die neuen Programme können nur bedingt mit dem „Linksruck“ in der Region erklärt